

Bern

Der politische Einfluss der Berner Kies-Könige

Filzvorwurf im Kanton Bern Vertreter der grossen Berner Kiesfirmen sitzen in den Gremien, die den Kiesabbau planen. Ein Gremium wird sogar von der Kiesbranche mitfinanziert. Das gehe zu weit, kritisiert der Kanton.

Benjamin Bitoun

Kies und Kiesgruben sind hässlich. Aber vieles im Kanton Bern steigt und fällt mit den grauen Steinen. Kiesgruben können für kleine Berner Gemeinden zu Goldeseln werden und diese zu Steueroasen machen. Und auch der Kanton selbst ist vom Abbau abhängig: Als grösster Kunde der Kies- und Betonindustrie verbaut er jährlich weit über 100'000 Tonnen an Beton und Strassenbelag.

Trotz ihrer immensen Bedeutung ist die Berner Kiesindustrie aber eine verschwiegene Branche. Selbst dominierende Firmen wie Alluvia oder Kästli lassen sich ungern in die Karten blicken. Als Familienunternehmen können sie sich auf das Geschäftsgeheimnis berufen und publizieren keine Geschäftszahlen. Dafür pflegen die einzelnen Firmen zu den lokalen Behörden und unter sich engen Kontakt.

Zu eng, befand die Wettbewerbskommission (Weko). Denn seit 2015 steht die Berner Kiesbranche unter Kartellverdacht. 2019 hat die Weko die Alluvia-Gruppe und die Kästli AG schliesslich zu einer Rekordbusse von 22 Millionen Franken verurteilt. Dieses Verfahren ist zurzeit am Bundesverwaltungsgericht hängig. Über ein zweites Verfahren gegen zwei Berner Belagswerke wird die Weko in den nächsten Wochen informieren.

Lokale Kiesbranche finanziert Kommission

Nun zeigt sich: Auch mit der Nähe zu den lokalen Behörden scheinen es die Berner Kies-Könige zu übertreiben. Wie Recherchen der SRF-«Rundschau» zeigen, sitzen Mitarbeiter von Kiesfirmen in den Gremien, die in den Regionen den regionalen Richtplan erarbeiten. Darin wird auf Jahre hinaus festgelegt, wo Kies abgebaut werden kann.

In der Region Biel/Seeland beispielsweise werden die Interessen des Kiesverbands gemäss «Rundschau» durch einen lokalen Kiesbaron vertreten. Dieser ist bei Entscheiden der Kommission sogar stimmberechtigt, eine Ausstandspflicht gelte nur für



Graues Gold: Der Kiesabbau macht Gemeinden und Kiesfirmen reich. Foto: Manuel Zingg

«Eine solche Finanzierung ist aus Governance-Gründen ein absolutes No-go.»

Markus Loosli (GLP)
Gemeindepräsident
von Herzogenbuchsee.

den Fall, dass eigene Kiesprojekte tangiert würden. Brisant: Im Fall der zuständigen Kommission im Seeland bezahlt der lokale Kiesverband sogar die Hälfte der Kommissionskosten.

Auch in anderen Kantonsteilen hat die Kiesbranche Einfluss auf die raumplanerischen Entscheide in Sachen Kiesabbau. Die

regionalen Behörden in der Region Bern-Mittelland lassen sich gemäss «Rundschau» in diesen Belangen von einer Arbeitsgruppe beraten. Darin sitzen auch zwei Mitarbeitende der Alluvia-Gruppe und einer der Kies AG Aaretal, an der Alluvia beteiligt ist.

Alluvia-Chef spricht von «Zufall»

Einer der Vertreter in der Arbeitsgruppe ist Alluvia-Geschäftsführer Gerd Aufdenblatten. An der Besetzung des Gremiums kann er nichts Fragwürdiges erkennen. Gegenüber dieser Zeitung betont er: «Ich sitze nicht für Alluvia in der Arbeitsgruppe, sondern als gewählter Vertreter der Branche.» Weil sich ausser ihm und dem zweiten Alluvia-Mann niemand für die Wahl in die Arbeitsgruppe zur Verfügung ge-

Darum geht es in den Weko-Verfahren

Das erste Verfahren der Weko gegen die Berner Kiesbranche erinnert an süditalienische Zustände. Sie wirft den beiden Berner Kies- und Betonherstellern Alluvia und Kästli vor, in Stadt und Umgebung von Bern jahrelang Preise abgesprochen, die Liefergebiete aufgeteilt und so die öffentliche Hand und private Bauherren um Millionen von Franken geprellt zu haben. Sowohl Alluvia als auch Kästli weisen sämtliche Vorwürfe zurück und zogen das Urteil weiter.

Auch im zweiten Verfahren, über das die Weko demnächst kommuniziert, geht es um Gebietsabsprachen, Abmachungen, sich nicht zu konkurrenzieren, und den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung. Dieses Mal

verdächtigt die Weko zwei bernische Belagswerke und deren Aktionäre. Pikant: Bei einem der Werke handelt es sich um die Berag AG in Rubigen, an der wiederum Kästli und die Alluvia-Gruppe beteiligt sind.

Bei einer nachweislichen Schuld wären der Kanton Bern als grösster Belagsbezüger und damit seine Steuerzahler um viel Geld geprellt worden. Für diesen Fall stellte Baudirektor Christoph Neuhaus (SVP) allfällige Schadenersatzforderungen in Aussicht. Ob der Kanton die Kiesbranche künftig enger an die Leine nimmt, «hängt vom Ausgang des Weko-Verfahrens ab», so Raumplanungsdirektorin Evi Allemann (SP). (bit)

stellt habe, seien sie gewählt worden. So gesehen sei die Zusammensetzung «Zufall», sagt Aufdenblatten.

Bloss: Das Engagement in der Region Bern-Mittelland ist nicht das einzige des Alluvia-Chefs. Er und der zweite Alluvia-Mitarbeiter sitzen auch in der Kommission, die im kiesreichen Oberaargau die Richtplanung verantwortet. Ein weiterer Zufall? Laut Aufdenblatten schon. «Auch hier hat sich niemand anderes bereit erklärt, in die Kommission einzutreten.» Daher seien sie einstimmig gewählt worden.

Zusammensetzung unbedingt überdenken

Beim Kanton zeigt man sich bemüht, den Ball flach zu halten. «Um eine sachgerechte Planung sicherzustellen, ist es sicher richtig, dass die Regionen dafür auch das Fachwissen aus der Kiesindustrie abholen», sagt die zuständige Raumplanungsdirektorin Evi Allemann (SP). Im Fall der Alluvia-dominierten Arbeitsgruppe empfiehlt sie, die Zusammensetzung unbedingt zu überdenken.

Angesprochen auf die Region Seeland, wo die Kiesbranche das zuständige Planungsorgan sogar mitfinanziert, spricht Allemann jedoch Klartext: «Die Mitfinanzierung widerspricht klar den Empfehlungen des Kantons an die Regionen.»

Noch deutlicher wird Markus Loosli (GLP). Der Gemeindepräsident von Herzogenbuchsee präsidiert die Kommission für Abbau, Deponie und Transport im Oberaargau, in der auch die beiden Alluvia-Vertreter sitzen. «Eine solche Finanzierung ist aus Governance-Gründen ein absolutes No-go.» Sogar Vertreter der Kiesbranche teilen hinter vorgehaltener Hand diese Einschätzung. «Diese Zeiten sind eigentlich vorbei», sagen sie.

Loosli betont, dass die Raumplanung der Kommission Oberaargau bereits «seit längerer Zeit» nicht mehr durch die Kiesbranche mitfinanziert werde. Zudem besässen nur die politischen Vertreter bei den Entscheiden Stimmrecht, nicht aber diejenigen der Branche.

Kein Wort zum Plakat, viele Worte zu Erdogan

Heikler Prozess Im Verfahren wegen eines Erdogan-kritischen Transparents sprachen am Mittwoch die Beschuldigten.

Gut eineinhalb Tage hat es gedauert, dann endlich, um 11.29 Uhr, nimmt eine der beschuldigten Personen vor dem Gerichtspräsidenten Platz. «Ja, ich will aussagen», sagt die Person. Ob es ein Mann oder eine Frau ist, der oder die da spricht, darf aufgrund einer gerichtlichen Anordnung nicht in der Zeitung stehen. Es folgt: ein flammendes Plädoyer gegen das System Erdogan.

Am Mittwoch nahm im Berner Amthaus ein heikler Prozess seinen Gang. Vier Personen wird vorgeworfen, öffentlich zu Gewalt und Verbrechen gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan aufgerufen zu haben. Es geht um ein Transparent im März 2017 aufgetaucht war. Darauf stand geschrieben: «Kill

Erdogan with his own weapons». Daneben waren das Konterfei des türkischen Staatsoberhauptes und eine Pistole abgebildet.

«Vier arme Hunde»

Fragen zu Slogan und Sujet beantwortet die Person nicht. Sie sagt aber sehr wohl etwas zu den Zusammenhängen, in die man diesen Prozess einordnen kann: Die ganze Angelegenheit sei grösser, sie reiche weit über das Plakat hinaus. Die Schweiz knicke mit diesem Verfahren vor der Türkei ein. «Jetzt liefert man ihnen eben vier arme Hunde.»

Tatsächlich sorgte das Banner für Spannungen im schweizerisch-türkischen Verhältnis. Ankara bestellte die Vizebotschafterin ein und forderte Konsequenzen. Die Berner Staats-

anwaltschaft nahm Untersuchungen auf, die sich dann über Jahre hinzogen. Während dieser Zeit erkundigte sich das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) mehrmals nach dem Ermittlungsstand; die türkische Botschaft hakete bei den Strafverfolgungsbehörden nach, ob denn bereits jemand «interniert» worden sei.

Schweigeminute

Die beschuldigte Person spricht weiter. Etwa von den 100'000 Oppositionellen, die in den türkischen Gefängnissen sässen. Sie listet Kriegsverbrechen auf, die unter der Führung Erdogans stattgefunden hätten. Sie redet minutenlang, eloquent – und in konsequenter Verweigerung gegenüber einer nicht ganz un-

wichtigen Tatsache: Das Gericht möchte eigentlich klären, ob die Person etwas mit dem Banner zu tun hat.

Sie legt irgendwann sogar eine Schweigeminute ein, um der Opfer des Systems Erdogan zu gedenken. Sie steht auf – und mit ihr erheben sich die zwölf Vertrauenspersonen der vier Beschuldigten. Eine Minute lang bleibt es still im Saal.

Journalist verwarnt

All das fügt sich nahtlos ein in die Geschehnisse des Vortages. Da hatte die Verteidigung die politische Komponente des Falles mit viel Verve und einigen Manövern betont. So forderte sie etwa, dass Mitarbeitende des EDA als Zeugen befragt würden. Oder den Ausschluss eines tür-

kischen Medienschaffenden vom Prozess. Dieser hatte über seinen privaten Twitter-Account die Beschuldigten vor Prozessbeginn als «Terroristen» bezeichnet.

Das Gericht lehnte zweimal ab. Das EDA habe nichts Relevantes zum Sachverhalt vorzutragen. Der Journalist wurde verwarnt und angehalten, die Unschuldsvermutung zu respektieren.

Neben den Beschuldigten befragte der Gerichtspräsident auch Zeuginnen und Zeugen. Etwa eine Person, deren Anhörung von den Verteidigern beantragt worden war. Sie sagt, sie sei 2015 Opfer eines Attentats im türkischen Grenzort Suruc geworden und seither gelähmt. Bei diesem Attentat starben über dreissig Personen. Wie einer der Anwälte sagte, sollte diese Per-

son zu ihren Erfahrungen in der Türkei Auskunft geben.

Fortsetzung folgt

Am Ende des Tages ein Zwischenfazit: Alle Beschuldigten haben gesprochen. Alle verweigern die Aussage, sobald es um das Plakat geht. Das wiederum strapaziert die Geduld der Verfahrensleitung: «Sie sind doch hier, um sich zu verteidigen!»

Diese Aufgabe werden der-einst die Anwältinnen und Anwälte übernehmen. Wann? Das ist offen. Man hinkt dem Zeitplan in diesem ungewöhnlichen Verfahren derart hinterher, dass weitere Verhandlungstage nötig sind. Der Prozess wird frühestens im Februar fortgesetzt.

Cedric Fröhlich